

Strategic Newsletter

Kurzfassung

Jahrg. 35 Nr. 14
6. April 2022

Konferenz des Schiller-Instituts am Samstag, 9.4. 2022

Eine einzigartige Kombination internationaler Experten aus verschiedenen Bereichen wird am 9.4. 2022 ab 15 Uhr MEZ im Rahmen einer Online-Konferenz des *Schiller-Instituts* über die dringende Notwendigkeit einer neuen Sicherheits- und Entwicklungsarchitektur diskutieren. Das vorläufige Programm dieser außergewöhnlichen Veranstaltung finden Sie im Anhang.

Bankenrettung heizt Inflation in der transatlantischen Region an

In der EU zieht die Inflation weiter schnell an und erreichte im März aufs Jahr gerechnet durchschnittlich 7,5% (Spanien 9,8%, Deutschland 7,3%, Italien 7,2%, Frankreich 4,5%). Viele Ökonomen wie Carsten BRZESKI von der ING-Bank prognostizieren für Deutschland 2022 eine zweistellige Inflationsrate.

In der Tat nehmen alle großen Lebensmittelketten wie Aldi, REWE und EDEKA ab dieser Woche eine weitere Runde drastischer Preiserhöhungen vor. Eine Umfrage im Auftrag der Postbank hatte schon vorher ergeben, daß jeder siebte Bürger (15,2%) seine Lebensunterhaltskosten kaum decken konnte.

In Großbritannien befürchten Experten, daß 1,3 Mio. Menschen in die Armut abrutschen werden, vor allem wegen der enormen Preiserhöhung um 54% bei Gas und Strom zum 1.4. Ähnliche Beispiele ließen sich aus allen anderen europäischen Ländern berichten.

Es ist jedoch völlig inakzeptabel, daß die Regierungen den Ukraine-Konflikt für die Preissteigerungen bei Energie, Rohstoffen und Lebensmitteln verantwortlich machen. In Wirklichkeit sind sie das Ergebnis der jahrzehntelangen Geldpolitik der Zentralbanken, die Billionensummen für Spekulation mit Energie und Rohstoffen bereitstellen.

Die jüngsten Daten der *Federal Reserve* geben Aufschluß, wie massiv dieser Inflationstreiber war. Im 1. Quartal 2020 stellte die US-Notenbank internationalen Banken im Rahmen ihres Repo-Programms laufzeitbereinigt insgesamt Kredite in Höhe von 28,6 Bio.\$ (10^{12}) zur Verfügung. Laut *Wall Street on Parade* erhielten die Handelseinheiten von nur sechs globalen Banken davon 17,66 Bio.\$.

<https://wallstreetonparade.com/2022/03/the-feds-secret-repo-loans-another-news-blackout-and-a-french-bank-scandal/>

Die Fed mußte ab September 2019 den Repo-Markt, über den sich Banken gegenseitig Tagesgeld leihen, praktisch übernehmen, weil der Markt plötzlich einfror und die Zinssätze nach oben schossen.

Der größte Kreditnehmer im 1. Quartal 2020 war *BNP Paribas* über ihre Tochtergesellschaft *BNP Paribas Securities* mit insgesamt 3,84 Bio. \$, gefolgt von *JP Morgan Securities* (3,6 Bio.\$), *Goldman Sachs* (2,85 Bio.\$), *Nomura Securities* (2,7 Bio.\$), *Citigroup Global Market* (2,67 Bio.\$) und *Barclays Capital* (2 Bio.\$).

Warum brauchten die Banken so dringend Geld? Finanzderivate, Wetten, die schief gingen oder kurz davor standen. Dank des Rettungspakets der Fed konnten diese Banken ihre Wetten verlängern, darunter auch Futures auf Rohstoffe, deren Preise zu steigen begannen, sobald sich die Weltwirtschaft von den Auswirkungen der Pandemie erholte.

Die erneute Nachfrage war nur der Vorwand für massive Spekulation mit Hilfe der enormen Liquidität der Zentralbanken zum Nulltarif. Mitte März 2022 erreichten die Gesamtbilanzen von Fed, EZB und *Bank von England* die ungeheure Summe von 25 Bio.\$!

Importstopp für russisches Gas würde EU viel härter treffen als Rußland

In der ideologisch aufgeheizten Debatte in der EU über ein vollständiges Embargo gegen russisches Gas wird ein Faktor gerne vergessen: Die Auswirkungen auf die russische Wirtschaft wären weniger drakonisch als bei uns. Zwar gehen 73% der russischen Gasexporte nach Europa, aber sie machen nur 11% aller russischen Exporte aus. Die russische Wirtschaft kann also wahrscheinlich mit den Folgen eines Verbots leben, während lebenswichtige, vom Gas abhängige Industrie in Europa und insbesondere in Deutschland dies nicht könnte. Sie müßte den Betrieb einstellen.

Diese Tatsache führt zu eindringlichen Warnungen führender deutscher Unternehmen, darunter erst letzte Woche der Chemieriese *BASF* und *Siemens Energy*. Der Chef des *Bundesverbandes der Deutschen Industrie* (BDI), Siegfried RUSSWURM, erklärte am 31.3. trotz Protesten, im Falle eines Embargos würde mit der Industrie das Rückgrat der deutschen Wirtschaft brechen.

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/illner-russwurm-neubauer-ukraine-krieg-russland-100.html>

BASF-Chef Martin BRUDERMÜLLER sagte der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, ein solches Embargo könnte die deutsche Wirtschaft in die schwerste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg stürzen und würde insbesondere die Existenz von mittleren und kleinen Unternehmen gefährden.

Ein solches Experiment wäre unverantwortlich, auch wenn sich die meisten Menschen über die Folgen nicht im klaren seien.

Sobald nur 50% der Gaslieferungen ausfielen, müßte

beispielsweise das BASF-Werk in Ludwigshafen mit Zehntausenden von Arbeitsplätzen geschlossen werden.

Der Vorstandschef von *Siemens Energy*, Christian BRUCH, bestätigte gegenüber dem *Handelsblatt* (1.4.), daß die negativen Auswirkungen auf Deutschland größer wären als die auf Rußland. Kurzfristig seien die von Rußland gelieferten Mengen nicht zu ersetzen. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/christian-bruch-im-interview-siemens-energy-chef-wenn-wir-sofort-aus-russischem-gas-aussteigen-werden-die-auswirkungen-dramatisch-sein/28214382.html>

Aufgrund der vom Westen verhängten Sanktionen hat Moskau beschlossen, daß Exporte in „unfreundliche“ Länder nun in Rubel bezahlt werden müssen. Die Gasimporteure sollen ein Konto bei der Gazprombank eröffnen und die Zahlungen in Euro fortsetzen, die dann auf einem separaten Konto in Rubel umgetauscht werden. Diese Methode scheint praktikabel zu sein und würde Störungen vermeiden, aber die deutsche Regierung zögert, weil die anglo-amerikanischen Fanatiker Druck ausüben, ohne Rücksicht auf Europa die russische Wirtschaft zu zerstören. Gleichzeitig würde die Aussetzung aller russischen Gas- und Ölimporte den „Green Deal“-Szenarien zur Reduzierung des Energieverbrauchs in die Hände spielen, um das Wachstum zu stoppen.

EU-Malthusianer sorgen sich um „zuviel“ Nahrungsmittelproduktion

Der militärische Konflikt zwischen der Ukraine und Rußland, zwei Ländern, die zusammen 29% der weltweiten Weizenexporte liefern, hat ein gewisses Bewußtsein für die Unsicherheit der weltweiten Nahrungsmittelversorgung und die Gefahren der Importabhängigkeit geweckt. In der EU herrscht zwar noch keine Knappheit, aber die Kosten steigen rapide.

Die Preisexplosion für fossile Brennstoffe verteuert die Lebensmittelproduktion, insbesondere die Kosten für Düngemittel, Pestizide, Verpackung und Transport. Während die Europäer in der Lage sein mögen, die Rechnung zu bezahlen, steuern die Entwicklungsländer auf Hungerunruhen und politische Umwälzungen zu.

Die EU-Kommission gibt zwar zu, daß sie in den nächsten 12-18 Monaten eine weltweite Nahrungsmittelkrise befürchtet, bleibt aber dennoch bei ihrem Programm „Vom Hof auf den Tisch“, mit dem Ziel einer Verringerung des Einsatzes von Pestiziden um 50% und von Düngemitteln um 20% sowie einer Erhöhung des Anteils der Biolandwirtschaft von derzeit 9% auf 25% der landwirtschaftlichen Nutzfläche - dies alles bis 2030.

Die Kommission verabschiedete jedoch am 23.3. einige Unterstützungsmaßnahmen für Landwirte, darunter eine zeitlich begrenzte Ausnahmeregelung, die den Anbau für Lebens- und Futtermittelzwecke auf brachliegenden Flächen bei vollem Ausgleich der „Greening“-Zahlungen (Stillelegungsprämie) für Landwirte erlaubt.

Dies soll die Produktionskapazitäten trotz der begrenzten Verfügbarkeit von fruchtbarem Land

erweitern. (Soweit die Landwirte sich die überhöhten Preise für Dünger und Treibstoff leisten können!)

Selbst diese zaghafte Maßnahme löst „grüne“ Hysterie aus. Bereits am 18.3., also fünf Tage zuvor, veröffentlichte das *Potsdamer Klimainstitut PIK* - berüchtigt für die Vorschläge von Hans Joachim SCHELLNHUBER - einen Aufruf von 400 Wissenschaftlern, der eine Produktionssteigerung ausdrücklich ablehnt, sondern sogar eine Änderung der Ernährungs- gewohnheiten fordert! Es gebe trotz des Krieges mehr als genug Nahrung, um die Welt zu ernähren, behauptet eine der Autorinnen, Sabine GABRYSCH. Das PIK ruft dazu auf, in Europa weniger Fleisch und andere tierische Produkte zu konsumieren, weniger Stickstoffdünger zu verwenden und weniger Lebensmittel zu verschwenden.

In einem sophistischen Gastkommentar in *Le Monde* vom 31.3. argumentiert eine Gruppe von Spezialisten für Welternährungssicherheit und internationale Märkte ähnlich. Die „industrielle Landwirtschaft“ verbrauche viel zuviel Dünger und fossile Brennstoffe.

Sie behaupten, eine Steigerung der Erzeugung in Europa würde „die Nahrungsmittelkrisen in Afrika und im Nahen Osten nicht verhindern“, obwohl viele Landwirte und Politiker eine Mitverantwortung für die Ernährung dieser Länder sehen.

Sie verlieren kein Wort über den Energie-, Wasser- und sonstigen Infrastrukturbedarf der armen Länder, sondern raten lediglich Nationen, die Lebensmittel importieren, die heimische Produktion auszubauen.

In einem Punkt haben sie allerdings recht: Es wird viel zu viel Pflanzöl für die Herstellung ineffizienter Biokraftstoffe verschwendet...

Regierungschefs von Ungarn und Serbien erzielen leichte Wahlsiege

„Wir haben einen Sieg errungen, der so groß ist, daß man ihn vom Mond und ganz sicher von Brüssel aus sehen kann“, erklärte Ungarns Ministerpräsident Viktor ORBAN seinen Anhängern, nachdem seine regierende Fidesz-Partei bei der Parlamentswahl am 3.4. mit 53% deutlich gesiegt hatte.

Im benachbarten Serbien wurde Präsident Aleksander VUCIC am selben Tag mit einer überwältigenden Mehrheit von 60% wiedergewählt. Beide Länder sind für die EU schwarze Schafe, weil sie sich Brüssels Anti-Rußland- und Anti-China-Kurs nicht beugen, ganz zu schweigen vom radikalen Klimaschutz.

Orban, dessen Partei über eine große Parlamentsmehrheit verfügen wird, unterhält ausgezeichnete Beziehungen zu China, mit dem er zusammen mit Serbien beim Bau der Schnellbahnstrecke Budapest-Belgrad kooperiert.

Rußland liefert 85% der ungarischen Gasimporte und hat einen Vertrag über den Ausbau seines Atomkraftwerks abgeschlossen.

Budapest legte zwar kein Veto gegen die Rußlandsanktionen der EU im Konflikt um die Ukraine ein, mit der es eine gemeinsame Grenze hat, liefert aber keine Waffen und gestattet Drittländern nicht,

militärische Ausrüstung und Personal über sein Gebiet zu transportieren.

Orban wird seit Jahren von der Regimewechsel-Mafia von George SOROS und Brüssel heftig angegriffen, weil er Ungarns nationale Interessen aus seiner Sicht verteidigt. Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt offensichtlich diese Position. Der Oppositionskandidat, Peter MARKI-ZAY, der offen auf der Seite Taiwans und Brüssels steht, wurde nicht einmal als Bürgermeister von Budapest wiedergewählt und unterlag dem Fidesz-Kandidaten.

In Serbien erhielt Vucics Hauptgegner Zdravko PONOS, ein Absolvent des britischen *Royal College of Defence Studies*, der auf einer Pro-EU-Plattform kandidierte, nur 17,5%. Bei den Parlamentswahlen am selben Tag gewann Vucics Serbische Fortschrittspartei 43,3% und verfügt zusammen mit der Sozialistischen Partei Serbiens (11,6%) über eine solide Mehrheit.

Serbien strebt unter Vucic zwar die EU-Mitgliedschaft an, unterhält aber auch sehr enge Beziehungen zu Rußland und China, die sich beide am Wiederaufbau des Bahnnetzes und der Infrastruktur beteiligen, u.a. beim Ersatz von Donaubrücken, die die NATO während ihrer dreimonatigen Angriffe 1999 bombardierte.

Sowohl Ungarn als auch Serbien haben staatliche Verträge mit Rußland über die Gaspreise geschlossen und sind daher von den derzeit überhöhten Preisen nicht betroffen.

Drei ehem. griechische Botschafter unterbreiten Friedensvorschlag für Ukraine

Drei hochrangige ehemalige Botschafter der Griechischen Republik veröffentlichten am 31.3. einen Friedensvorschlag zu der aktuellen Krise in der Ukraine, um „die Gefahr des Hungers und der nuklearen Vernichtung“ abzuwenden. In ihrer Erklärung heißt es:

„Was sich in den letzten Monaten in der Ukraine abgespielt hat, ist für uns und für vernünftige Menschen unvorstellbar. Wir dachten, die alte ‚westfälische‘ Welt, die ein ‚Zeitalter der Extreme‘ erlebt hat, hätte ihre Lektion gelernt und erkannt, daß der Weg zu dauerhaftem Frieden und Wohlstand nicht über einen ‚Kampf der Kulturen‘ führt, sondern über die Globalisierung von Werten, Märkten und Finanzen.

Die moderne Staatlichkeit ist noch nicht am ‚Ende der Geschichte‘ angelangt, sondern muß sich den aktuellen Herausforderungen wie wirtschaftlicher Ungleichheit, ethnischen und religiösen Unterschieden in anderen Kontinenten, dem Klimawandel und der Pandemie im Geiste der Freundschaft und Zusammenarbeit stellen...

Am 24. Februar haben wir die Utopie einer friedlichen Normalität aufgegeben und fanden uns in einer Welt wieder, die in Richtung Krieg ‚schlafwandelt‘.

Wieder einmal wurden wir Zeugen von Gewalt, als Rußland die Ukraine angriff; Feuer und Stahl waren wieder die Hauptinstrumente zur Lösung von Differenzen zwischen Staaten, wo die Vernunft eine

gerechte und dauerhafte Lösung bieten würde...“

Sie betonen, es sei noch nicht zu spät, zu handeln, und rufen zu Verhandlungen auf zwei Ebenen auf: erstens zwischen Rußland und der Ukraine über den Rückzug der russischen Streitkräfte aus der Ukraine sowie über territoriale Streitigkeiten und die Lösung zahlreicher bilateraler Fragen. Sie schlagen außerdem vor, daß ein Waffenstillstand durch Militärbeobachter aus OSZE-Mitgliedstaaten, die nicht der NATO angehören, garantiert wird.

Eine zweite Ebene würde Verhandlungen zwischen der NATO und Rußland umfassen, um eine Zusammenarbeit und unteilbare Sicherheit zu erreichen.

Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehören die Wiedereinsetzung des NATO-Rußland-Rates, das Verbot des Einsatzes von Atomwaffen, die Beschränkung des Einsatzes landgestützter Mittel- oder Langstreckenraketen, die Zustimmung zur Nichterweiterung der NATO und die Aufhebung aller Sanktionen, sobald eine Einigung zwischen Rußland und der Ukraine erzielt wird. Sie fordern auch eine weitere Annäherung zwischen der Ukraine und der EU.

Die Unterzeichner sind Botschafter ad honorem Leonidas CHRYSANTHOPOULOS, ehemaliger Botschafter in Polen, Kanada, Armenien und bis zu seiner Pensionierung 2012 Generalsekretär der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit am Schwarzen Meer*, derzeit Mitglied des *Schiller-Instituts*; Alexandros K. KATRANIS, ehemaliger Botschafter in Kasachstan und der Demokratischen Republik Kongo; und Nikos D. KANELLOS, ehemaliger Botschafter in der Slowakei, Aserbaidschan und Vietnam.

Pakistan: Washingtoner Regimewechsel-Operation vorerst gestoppt

Nur Stunden vor einem geplanten Mißtrauensvotum, mit dem der pakistanische Ministerpräsident Imran KHAN gestürzt werden sollte, löste er selbst am 3.4. das Parlament auf und forderte Neuwahlen. Die Opposition hat gegen seinen Schritt den Obersten Gerichtshof angerufen; wenn sie scheitert, finden innerhalb von 90 Tagen Wahlen statt.

Khans Verbündete verurteilen die Kräfte hinter dem Mißtrauensantrag als „Freunde Amerikas“ und „Landesverräter“. Nach Khans eigenen Angaben war der stellv. US-Außenminister für süd- und zentralasiatische Angelegenheiten, Donald LU, an dieser „ausländischen Verschwörung“ zum Sturz der Regierung beteiligt.

Lu soll eine entsprechende Drohung an den pakistanischen Botschafter in den USA übermittelt haben. Anderen Berichten zufolge sagte zudem ein ungenannter US-Beamter, die Beziehungen zwischen den USA und Pakistan würden sich verbessern, wenn Khan weg sei.

Die *Washington Post* hat bekanntlich oft gegen unliebsame Regierungen polemisiert, die die Forderungen der Vertreter der „regelbasierten Ordnung“ ablehnen. In diesem Fall machte die Zeitung Khan selbst für das Problem verantwortlich und behauptete,

er habe die Wirtschaft schlecht verwaltet, er sei auf politische Konfrontation aus, und - um schließlich zum eigentlichen Grund zu kommen - er versuche, „die Außenpolitik von den USA weg und hin zu autoritären Regimen zu verlagern“.

In der Tat weigert Imran Kahn sich, die Kampagne und die Sanktionen der USA und NATO gegen Rußland zu unterstützen, und zog es vor, nicht Partei zu ergreifen und sich aus der geopolitischen Manipulation herauszuhalten; außerdem ist er eine enge Allianz mit Xi Jinping und China eingegangen. Sein Angebot, zwischen den USA und China zu vermitteln, wurde von US-Beamten, die China unter Druck setzen, sein Bündnis mit Rußland zu brechen, ignoriert.

Die *Post* nennt einen weiteren Grund, warum man Khan stürzen will: Er soll planen, in Pakistan anstelle des parlamentarischen Systems ein Präsidialsystem einzuführen. Angesichts der Tatsache, daß Pakistans Ministerpräsidenten praktisch nie ihre Amtszeit vollenden, weil das parlamentarische System leicht durch private Interessen und ausländische Einmischung beeinflußt werden kann, gäbe eine solche Änderung einem Präsidenten mehr Unabhängigkeit und Mittel, um für die Interessen der Pakistaner zu kämpfen.

Khan ruft die Jugend des Landes auf, sich hinter ihn zu stellen, um die Zukunft einer unabhängigen, souveränen Nation zu sichern. Er erinnerte an die Rolle Washingtons beim Tod von Ministerpräsident Ali BHUTTO, der 1977 durch einen Staatsstreich gestürzt und später gehängt wurde. US-Außenminister Henry KISSINGER hatte Bhutto persönlich gedroht, die US-Regierung werde an Pakistan ein „schreckliches Exempel“ statuieren, wenn er den Bau einer nuklearen Wiederaufbereitungsanlage nicht absagt. Viele sehen in Khans Auflösung des Parlaments die Verteidigung des Landes gegen Kissingers geopolitische Erben.

Britischer Geheimdienst führt Informationskrieg für Kiew

In den Medien kursieren grausame Bilder, die im Kiewer Vorort Butscha Dutzende von Leichen zeigen, die dem ukrainischen Geheimdienst zufolge von russischen Truppen kurz vor dem 30.3. erschossen worden sein sollen. Wenige Tage zuvor waren Videos im Umlauf, die zeigen, wie russische Gefangene in der Nähe von Charkiw von Soldaten in ukrainischer Uniform brutal verstümmelt werden.

Wir können natürlich nicht wissen, ob diese Bilder und Vorfälle echt oder inszeniert sind und von wem sie stammen. Aber wir alle wissen, daß in Kriegszeiten Propaganda wesentlich ist.

Und in dieser Hinsicht sind höchst aufschlußreiche Informationen darüber an die Öffentlichkeit gelangt, wie britische Geheimdienste und mit ihnen verbundene Organisationen den „Informationskrieg“ führen.

In der *Washington Post* vom 16.3. wird ein NATO-Kommandeur zitiert, die Ukrainer seien „wirklich ausgezeichnet“ in der strategischen Kommunikation: „Medien, Info-Ops und sogar Psy-Ops“.

Und es gibt ein unverblümtes Eingeständnis von Sir Jeremy FLEMING, dem Leiter des britischen Cybergeheimdienstes GCHQ. In einer „seltenen öffentlichen Ansprache“ (so *BBC*) prahlte er am 30.3. in Australien damit, daß der britische Geheimdienst die „Informationsfront“ des Ukraine-Krieges leitet. Präsident SELENSKIYS Informationsoperation sei „extrem gut auf verschiedene Zielgruppen zugeschnitten“ und werde in England „durch eine neue Regierungsinformationszelle unterstützt, die Desinformationen des Kremls, die auf das britische und internationale Publikum abzielen, identifiziert und bekämpft.“

Sie vereint Fachwissen aus allen Bereichen der Regierung, um falschen Darstellungen entgegenzutreten. Sie befaßt sich mit Fakten, nicht mit Unwahrheiten, und sorgt dafür, daß die Wahrheit gut erzählt wird.“ Und diese „Wahrheiten“, erklärte er stolz, kommen von den Geheimdiensten.

<https://www.gchq.gov.uk/speech/director-gchq-global-security-amid-russia-invasion-of-ukraine>

Die britische Rolle wird in einem Artikel des Journalisten Dan COHEN vom 22.3. auf *Mintpress News* und *Consortium News* bestätigt. Er beschreibt die PR-Kampagne, die u.a. von der Firma *PR Network* aus Großbritannien durchgeführt wird.

Einer der wichtigsten Mitarbeiter ist Francis INGHAM, ein Berater „mit engen Verbindungen zur britischen Regierung“, der sich mit der unermüdlichen Unterstützung der Firma für Kiews Kommunikationskrieg brüstet. Er und andere halfen, ein „Dossier“ zu erstellen und zu verteilen, das PR-Agenturen anweist, welche Sprachregelung sie bei der Darstellung des Konflikts verwenden sollten, wie sie Vorwürfe rechtsextremer und neonazistischer Propaganda entkräften können, usw. Das Dossier enthält Hunderte von Grafiken, viele davon abschreckend russophob .

<https://www.mintpressnews.com/ukraine-propaganda-war-international-pr-firms-dc-lobbyists-cia-cutouts/280012/>

Ein weiterer lesenswerter Artikel stammt von Max BLUMENTHAL auf *Grayzone*, der sich auf die perfide Rolle der *BBC* bei der Kriegsberichterstattung im Westen konzentriert. Dazu gehören u.a. die inzwischen diskreditierten Behauptungen über die Schlangensinsel und das Theater von Mariupol.

<https://thegrayzone.com/2022/03/25/bbc-fixer-war-ukrainian-nationalist-pr-operative/>

In dem erwähnten Artikel der *Washington Post* wird auch ein Experte zitiert, daß die Ukraine den „Informationskrieg“ im Westen definitiv gewinne. Man kann davon ausgehen, daß dies bedeutet, daß die westlichen Regierungen die Situation ausnutzen wollen, um eine „Kriegswirtschaft“ aufzubauen, und notfalls bereit sind, dafür das ukrainische Volk zu opfern.

Der Strategic Newsletter wird herausgegeben von unserer Nachrichtenagentur E.I.R. und kann bestellt werden bei:

Caroline Hartmann c.hartmann@eir.de